

# Programm RETORNO

## Unterstützung rückkehrender Binnenvertriebener und aufnehmender Gemeinden bei Ernährungssicherung und Wiederaufbau in Kolumbien

### Kontext

Gemäß dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR sind seit Mitte der 80er Jahre rund 5,7 Millionen Menschen in Kolumbien von ihren angestammten Wohnorten gewaltsam vertrieben worden und gelten als Binnenvertriebene. Ursachen sind der jahrzehntelange bewaffnete Konflikt zwischen Staat und verschiedenen illegitimen bewaffneten Gruppierungen sowie Drogenproduktion und -schmuggel. Überdurchschnittlich stark betroffen ist die bäuerliche, indigene und afrokolumbianische Bevölkerung, die in den häufig entlegenen Konfliktregionen wohnt. Die Gesetzgebung ermöglicht seit 2011 die kollektive Rückführung oder Umsiedlung und Entschädigung von Binnenvertriebenen. Die lokalen Behörden sind in vielen Fällen jedoch überfordert, vereinbarte Maßnahmen für Entschädigung und kollektive Umsiedlung umzusetzen. Die umgesiedelten Binnenvertriebenen werden an ihren neuen Wohnorten häufig von den alteingesessenen Einwohnern diskriminiert. Sowohl die Neankömmlinge als auch die alteingesessene Bevölkerung haben kaum Aussicht, eine Arbeit zu finden und damit ein neues Leben aufzubauen. Die mangelhafte Versorgung mit staatlichen Dienstleistungen und die weiten Entfernungen zu den Städten erschweren beiden Gruppen eine ausreichende soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

### Ziele

Hauptziel des Vorhabens ist es die sozialen und produktiven Lebensgrundlagen von rückkehrenden Binnenvertriebenen und aufnehmenden Gemeinden in den ausgewählten Regionen, Córdoba und Guaviare, zu verbessern. Durch die Unterstützung der Opferschutzbehörde in der Durchführung von Rückkehr- und Umsiedlungsprozessen sollen staatliche Institutionen in ihren

Kapazitäten gestärkt und befähigt werden wesentliche soziale Basisdienstleistungen für die rückkehrenden Binnenvertriebenen zu sichern, so dass ein Neuanfang und ein würdevolles Leben möglich sind.

Neben der Wiederherstellung von Basisinfrastruktur stärkt das Vorhaben die Binnenvertriebenen und aufnehmenden Gemeinden in ihrer Selbstorganisation, um wirtschaftliche Selbständigkeit und Subsistenzwirtschaft zu fördern und somit auch den Zusammenhalt in den Gemeinden zu unterstützen. Ein wesentliches Ziel ist es die Binnenvertriebenen zu befähigen ihre Interessen zu vertreten, ihre Rechte gegenüber dem Staat einzufordern sowie den gewaltfreien Umgang mit sozialen Konflikten zu erlernen. Das Vorhaben ist darauf ausgerichtet gleichzeitig mit rückkehrenden Binnenvertriebenen und aufnehmenden Gemeinden zu arbeiten, um Konkurrenzsituationen und Konflikten vorzubeugen und soziale Kohäsion zu stärken.

Beauftragt durch	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutscher Beitrag	4.675.000 Euro
Politischer Träger	Nationale Behörde für Opferentschädigung (UARIV)
Durchführungsorganisation	Stadt- und Gemeindeverwaltungen
Projektgebiet	Departaments Córdoba und Guaviare
Dauer	05.2015-04.2018



Links: Kinder des indigenen Volks Jiw, das durch den Konflikt vertrieben und vom Staat umgesiedelt wurde. Die GIZ unterstützt den Staat dabei, den Jiw soziale Dienste bereit zu stellen.

## Methode

Das Vorhaben arbeitet in den Departments Córdoba und Guaviare. Es fördert die Kompetenzen staatlicher Akteure wie Provinz- und Gemeindeverwaltungen und der Opferbehörde UARIV ebenso wie die von Nichtregierungsorganisationen. Dabei stehen die Bedürfnisse der Binnenvertriebenen und die Verbesserung ihrer Lebenssituation im Mittelpunkt. Das Vorhaben unterstützt die Partner beim Aufbau von Kompetenzen zur Einbeziehung der Bevölkerung und zur erfolgreichen Bewerbung um knappe staatliche Fördermittel, bei der Integration des Themas in Entwicklungspläne sowie bei der Errichtung von Infrastruktur.

Das Programm unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung von Ernährung und Einkommen der Binnenvertriebenen sowie zu ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit und ihrer Selbstorganisation. Damit ihre Integration in die aufnehmenden Gemeinden konfliktfrei verläuft, bietet das Programm Fortbildungen zu gewaltfreiem Umgang bei Konflikten an und Aktivitäten, die den sozialen Zusammenhalt stärken. In der Region Guaviare unterstützt das Programm die indigenen, bis vor kurzem noch nomadisch lebenden Völker Jiw, Nükak und Sikuaní. Sie wurden durch die linke Guerilla, illegalen Bergbau, den Drogenanbau und -schmuggel und die damit verbundene Gewalt aus ihren angestammten Gebieten vertrieben. In den ihnen zugewiesenen Ländereien können sie ihren traditionellen Lebensweisen nicht mehr nachgehen und leben in extremer Misere. Ihre Existenz als Volksgemeinschaft ist bedroht. Das Vorhaben unterstützt sie bei der Verbesserung ihrer Wohnsituation, beim Zugang zu Bildung der Kinder und Jugendlichen sowie bei ihren traditionellen Lebensgrundlagen Jagd, Fischerei und Landwirtschaft. Es arbeitet dabei mit Experten zusammen, die die Volksgemeinschaften seit langem kennen und denen sie vertrauen.



Binnenvertriebene und Bewohner der aufnehmenden Gemeinde im Department Córdoba.

## Vertreibung in Kolumbien

Im nationalen Opferregister sind 6.716.401 Personen als Opfer von Vertreibung registriert (RUV, April 2016). Vertreibung ist in Kolumbien häufig die Folge von gewaltvollen Auseinandersetzungen im Rahmen des internen bewaffneten Konflikts sowie Mittel der illegalen bewaffneten Gruppen, um Macht auszuüben. Die nationale Opferschutzbehörde (UARIV) gibt an, dass mehr als die Hälfte aller Binnenvertriebenen Frauen und Mädchen sind. Sie flüchten häufig vor Ausbeutung und sexueller Gewalt. Auch große Teile der afrokolumbianischen Bevölkerung sowie indigene Völker sind von Vertreibung betroffen. Ihre Heimatdörfer liegen überdurchschnittlich häufig in den Konfliktzonen.

Veröffentlicht von Deutsche Gesellschaft für  
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn

RETORNO

GIZ Bogotá  
Carrera 13 No. 97-51 Of. 302  
T +57 1 636 11 14  
F +57 1 635 15 52  
giz-kolumbien@giz.de  
www.giz.de/kolumbien

Autor Martin Schneichel

Version April 2016

Beauftragt durch Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Adressen der  
BMZ-Büros

<b>BMZ Bonn</b> Dahlmannstraße 4 53113 Bonn, Deutschland T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500	<b>BMZ Berlin</b> Stresemannstraße 94 10963 Berlin, Deutschland T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)30 18 535-2501
---	--

poststelle@bmz.bund.de  
www.bmz.de